

STEPHEN ERIC BRONNER

Rote Träume an der Jahrtausendwende – Anmerkungen zum Erbe von Rosa Luxemburg

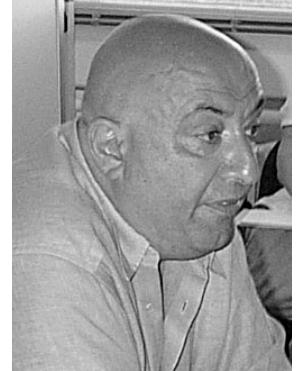
Rosa Luxemburg war zweifellos eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Als Intellektuelle und unermüdliche Kämpferin für soziale Belange besaß sie ein enormes Charisma. Ihr wurde sowohl die hohe Anerkennung ihrer Freunde als auch die widerwillige Bewunderung durch ihre Feinde zuteil. Sicherlich ist inzwischen vieles über ihren Kampf als Frau und Jüdin in der sozialistischen Arbeiterbewegung und über ihren Märtyrertod durch Mitglieder des Freikorps während des Spartacus-Aufstandes 1919 bekannt.

Ihre postum veröffentlichten Briefe, jedoch auch die weitgehende Verdrängung ihres Erbes im Zuge der »Bolschewisierung« der KPD in den zwanziger Jahren legen eindrucksvolles Zeugnis von ihrem Mut, ihrer Sensibilität und ihrem Humanismus ab. Aber so wichtig dies auch sein mag, all dies verleiht ihrem Wirken noch kein besonderes Gewicht für die Gegenwart. Überhaupt hat Rosa Luxemburg sich immer gegen eine Verkehrung von persönlichen Dingen in politische gewandt. Sie würde möglicherweise lakonisch anmerken, daß es ein Fülle von herausragenden Frauen und Männern gab, die – genauso sensibel und mutig wie sie – gleichfalls ein tragischer Tod ereilte. Rosa Luxemburg hätte wahrscheinlich schlicht auf ihr (theoretisches) Werk verwiesen.

Vor allem angesichts des »neoliberalen Zeitgeists« erscheinen ihr *politisches Engagement* und die von ihr vertretenen Werte heute als eher altmodisch. Rosa Luxemburg wandte sich stets gegen eine *rein ökonomisch orientierte* Reformstrategie und wandte sich unerschütterlich gegen alle Formen des Autoritarismus. Zugleich war sie eine Marxistin mit einer romantischen revolutionären Vision und mit einem fast ökonomistischen Glauben in den unausweichlichen »Zusammenbruch« des Kapitalismus. Sie war zweifellos die bedeutendste Vertreterin einer libertären *sozialistischen Tradition*, die sich auf Internationalismus, ökonomische Gerechtigkeit und einen unbändigen Glauben in die Demokratie berief.

Die Aneignung ihres Erbes erfordert jedoch mehr als Herunterbeten alter Thesen oder das *Aufspüren eines entsprechenden Zitates* aus ihren Schriften.

Rosa Luxemburg war sich durchaus dessen bewußt, daß sich seit den *Zeiten von Marx* einiges geändert hatte und sie wandte sich auch öffentlich gegen eine »Stagnation des Marxismus«: gegen das Beharren auf überkommenen Parteipositionen – auch der zur Unabhängigkeit Polens – oder auch in bezug auf die bis dato ungelösten Fragen zur Funktionsweise des Kapitalismus.



Stephen Eric Bronner – Jg. 1949, promovierte 1975 an der University of California in Berkeley und ist gegenwärtig Professor für politische Wissenschaft und vergleichende Literaturwissenschaft an der Rutgers University; er veröffentlichte unter anderem: »Ideas in Action: Political Tradition in the Twentieth Century, Of Critical Theory and Its Theorists«, in deutscher Sprache ist von ihm im Propyläen Verlag erschienen: »Ein Gerücht über die Juden: Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus«; beim Suhrkamp Verlag erschien: »Augenblicke der Entscheidung: Politische Geschichte und die Krise der radikalen Linken«; demnächst erscheint im selben Verlag »Das Sozialismusprojekt«.
Foto: Horst Eberlein

»Beide, die russischen wie die deutschen Opportunisten, treffen in dieser grundsätzlichen Auffassung der russischen Revolution ... vollkommen mit den deutschen Regierungssozialisten zusammen: Nach der Meinung aller drei hätte die russische Revolution bei jenem Stadium haltmachen sollen, das sich die Kriegsführung der deutschen Imperialismus nach der Mythologie der deutschen Sozialdemokratie zur edlen Aufgabe stellte: beim Sturz des Zarismus. Wenn sie darüber hinausgegangen ist, wenn sie sich die Diktatur des Proletariat zur Aufgabe gestellt hat, so ist das nach jener Doktrin ein einfacher Fehler des radikalen Flügels der russischen Arbeiterbewegung, der Bolschewiki, gewesen, und alle Unbilden, die der Revolution in ihrem weiteren Verlauf zugestoßen sind, alle Wirren, deren sie zum Opfergefallen, stellen sich eben als ein einfaches Ergebnis dieses verhängnisvollen Fehlers dar.«
 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 333.

Seit ihrem Tod haben zweifellos noch tiefgreifendere Umwälzungen stattgefunden. Und was damals gut war, kann auch heute nicht schaden. Dasselbe kritische Herangehen, das sie gegenüber dem Werk von Marx praktizierte, muß heute auch für ihre möglicherweise überholten Ansichten gelten dürfen. In der Tat geht es darum, ihr Denken von einer altmodischen Teleologie zu befreien und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Die folgenden Überlegungen können vielleicht erste Schritte in diese Richtung sein.

Rosa Luxemburg war gewiß *keine sklavische Anhängerin von Marx*. Aber auch sie glaubte, daß der Kapitalismus seine eigenen Totengräber hervorbringen würde. Und wenn sie – wie viele ihrer Zeitgenossen – gern jene berühmten Zeilen von Engels über die für die Zukunft alles entscheidende Frage einer Entscheidung zwischen »Sozialismus und Barbarei« zitierte, dann war sie sich durchaus des letztendlich siegreichen Ausgangs *gewiß*. Alle ihre politischen Aktivitäten wurden von einem *dialektischen* Verständnis des Kapitalismus und einer tiefen Überzeugung von der *historischen Mission des Proletariats* inspiriert. Tatsächlich war sie von Anfang an davon überzeugt, daß die Größe der politischen Macht des Kapitals vor allem abhängig sei vom Ausmaß der organisatorischen und ideologischen Diskrepanzen zwischen den Arbeitern.

Auch ihre Stellung zum Internationalismus ergab sich unmittelbar aus diesen Grundüberzeugungen. Bereits in ihrer Dissertation, die sie 1898 an der Universität Zürich zum Thema »Die industrielle Entwicklung Polens« verfaßte, finden sich wesentliche Ansätze ihrer scharfen Kritik »nationaler Selbstbestimmung«. Die Forderung nach Unabhängigkeit für Polen wurde seit Generationen von Linken erhoben, und sie wurde ebenfalls von Marx wie seinen Nachfolgern aufgegriffen. In ihrer Arbeit argumentierte Rosa Luxemburg demgegenüber, daß die Unabhängigkeit Polens lediglich das Voranschreiten kapitalistischer Entwicklung und daher auch die Formierung des Proletariats insgesamt verzögern würde. Eine unkritische Unterstützung des *polnischen Nationalismus* würde daher vor allem konservativ-imperiale Strukturen gegenüber der Notwendigkeit einer konstitutionellen Republik stärken. Deshalb hielt sie die Argumente von Marx und seinen Nachfolgern in ihrem Kern für antimarxistisch und für in sich selbst widersprüchlich.

Rosa Luxemburg sah in jeder Form des Nationalismus eine Verletzung proletarischer Prinzipien. In ihrem Lebenswerk wird immer wieder herausgestellt, wie diese *Ideologie* das Kapital durch die Spaltung der Arbeiter stärkt, Kriege rechtfertigt, in denen sich die Arbeiter gegenseitig töten, und es schließlich verhindert, daß sie sich mit dem auseinandersetzen, was Rosa Luxemburg zu Recht als Weltwirtschaftssystem bezeichnete. Diese Fragen hat sie in ihrem ökonomischen Hauptwerk »Die Akkumulation des Kapitals« (1911) weiter entfaltet. Auch hier setzte sie sich mit »ehernen« Grundpositionen der Arbeiterbewegung kritisch auseinander.

Von Marx stammt die Auffassung, daß Kapitalismus eine investitionsgetriebene Gesellschaft sei, die ohne fortschreitende Akkumulation kollabieren müsse. Gleichzeitig zeigte er jedoch, daß die kapitalistische Produktion gesetzmäßig *über die Konsumtion hinauschießen* muß. Falls dies tatsächlich zutrifft, läßt sich logisch

nicht erklären, *warum* die Kapitalisten trotzdem fortfahren sollten, nicht nur zu investieren, sondern sogar zu reinvestieren. Es mußte folglich innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse selbst einen Mechanismus geben, der die Realisierung des ökonomischen Surplus ermöglicht und so den beständigen Anreiz zur Akkumulation schafft. Für Rosa Luxemburg war der ›Imperialismus‹ die Antwort auf diese Frage.

Neue Märkte und billige Ressourcen und die Aussicht auf die ›Modernisierung‹ noch vorkapitalistischer Gesellschaften *sowohl innerhalb der jeweiligen Staatsnation als auch im Ausland* schienen als das Sicherheitsventil für den Kapitalismus zu funktionieren. Sie sah in der Existenz *solcher Gebiete* eine Grundvoraussetzung für die (Über)Lebensfähigkeit des Kapitalismus. Falls diese Regionen jedoch jemals selbst mit eigenständiger Produktionsdynamik kapitalistisch würden, müßte das Weltsystem unvermeidlich »zusammenbrechen«. Das erschien allerdings als ein eher in der Zukunft relevantes Problem. Bis dahin bliebe den kapitalistischen Nationen *kein anderer Ausweg*, als – getrieben durch Selbstbehauptungswillen und Eigeninteressen – *bedingungslos* um die Aufteilung einer stetig kleiner werdenden Zahl von Kolonien zu kämpfen. *Militarismus* und *Nationalismus* seien deshalb dem Kapitalismus *inhärente Bestandteile imperialistischer Strategien: Kriege seien folglich systemisch bedingt*. Für Rosa Luxemburg war keines dieser Merkmale durch Reformen überwindbar – sie sah den einzigen Ausweg in einer Revolution.

Wie viele Sozialdemokraten zu ihrer Zeit trat auch Rosa Luxemburg vehement für eine Republik ein. *Das entsprach dem damals verbreiteten Verständnis von der »Diktatur des Proletariats«* – zumindest zwischen der Niederschlagung der Pariser Kommune (1871) und dem Sieg der Bolschewiki (1917). Die europäische Arbeiterbewegung war während dieser Zeit in vielen Ländern noch mit Monarchien konfrontiert, so daß das Eintreten für eine Republik die Scheidelinie zwischen ›links‹ und ›rechts‹ bildete.

Die Konservativen forderten überall autoritäre Institutionen und Beschränkungen für die Mitbestimmung »der Massen«. *Soziale Demokratie* verkörperte so die Alternative schlechthin. Da die Arbeiterklasse nur wachsen kann, wenn sich auch der Kapitalismus ausdehnt – und wenn zudem unterstellt wird, daß politische Parteien in der Lage sind, wirkungsvoll proletarische Klasseninteressen zu vertreten –, dann macht es natürlich Sinn, für eine Regierungsform zu kämpfen, in der sich die Arbeiterbewegung frei entwickeln kann und geradezu zwangsläufig als Mehrheit der Bevölkerung auch politisch herrschen würde. In dieser Grundannahme trafen sich Marxisten und Republikaner.

Rosa Luxemburg war zwar in vielem *romantisch*, aber niemals illusionär – in ihrem Verständnis war eine sozialistische Gesellschaft immer auch ein Arrangement von Institutionen praktischer Politik. Ihre »Revisionismus«-Kritik in ihrer Schrift »Reform oder Revolution« (1899), durch die sie in der Arbeiterbewegung berühmt wurde, wandte sich daher nicht vor allem gegen ein kurzsichtiges Reformkonzept, sondern gegen einen unangebrachten Ökonomismus, der lediglich dazu geeignet schien, das notwendige Eintreten für die Er-

»Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende, nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben. Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, daß bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen ..., daß bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so abnormen Bedingungen just alles, was in Rußland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei. Umgekehrt zwingen die elementaren Begriffe der sozialistischen Politik und die Einsicht in ihre notwendigen historischen Voraussetzungen zu der Annahme, daß unter so fatalen Bedingungen auch der riesenhafteste Idealismus und die sturmfesteste revolutionäre Energie nicht Demokratie und nicht Sozialismus, sondern nur ohnmächtige, verzerrte Anläufe zu beiden zu verwirklichen imstande seien.«

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 334.

»Es wäre ebenso verfehlt, zu befürchten, eine kritische Sichtung der bisherigen Wege, die die russische Revolution gewandelt, sei eine gefährliche Untergrabung des Ansehens und des faszinierenden Beispiels der russischen Proletarier, das allein die fatale Trägheit der deutschen Massen überwinden könne. Nichts verkehrter als dies.«

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 335.

richtung einer Republik zu unterminieren. Rosa Luxemburg engagierte sich in Wahlkämpfen und forderte eine Reihe von Verbesserungen – unter anderem die Vierzig-Stunden-Woche. Sie war nicht grundsätzlich gegen Reformen, jedoch *nur unter der Bedingung*, daß diese dazu dienen sollten, den Massen Appetit auf weitere und noch *radikalere* Forderungen zu machen.

In diesem Sinne unterschied sich die Luxemburgsche Position zum Verhältnis von Reform und Revolution kaum von denen Kautskys oder Lenins oder auch vieler anderer sozialistischer Linker. Einzigartig war allein ihre Überzeugung, wodurch eine Revolution hervorgerufen werden könnte und was ihr Ergebnis sein sollte. Das hat sie versucht, in ihrer Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« (1906) herauszuarbeiten.

Inspiriert wurde sie dabei von der russischen Revolution von 1905, die von Trotzki als »Generalprobe« für 1917 bezeichnet wurde. Eine Reihe spontaner Streiks, die 1902 in Baku begonnen hatten, brachten das Russische Reich zunehmend in Bedrängnis. Dieses äußerlich spontane Aufbegehren waren natürlich indirekt das Ergebnis jahrelanger Untergrundarbeit der Partei. *Die politische Theorie von Rosa Luxemburg war insgesamt zweifellos stark von diesen Ereignissen beeinflusst. Sie schlußfolgerte daraus, daß sich die Partei weniger mit Fragen der Organisation, als vielmehr mit der Verbreitung eines entsprechenden Bewußtseins für den politischen Kampf zu befassen hätte. Das heißt, zwischen Basis und Partei sollte eine gewisse »kreative Spannung« bestehen, um einerseits die bürokratischen Tendenzen der Partei und andererseits die abenteuerlichen Aktionen der Massen zu zügeln.*

Diese *Spannung* findet – nach ihrer Meinung – ihren beredten Ausdruck im Massenstreik, in dem zugleich der Kern ihrer Vorstellung von der »Selbstverwaltung« der Arbeiterklasse seinen Ausdruck findet. In einer Tradition stehend, die über die *Pariser Kommune* bis zu *Rousseau* zurückgeht, war für sie die Idee von Demokratie auch immer verbunden mit Versuchen gelebter Demokratie. *Sozialismus ist für sie daher gleichbedeutend mit einer Erweiterung der Demokratie und nicht mit ihrer Einschränkung. Zweck einer solchen Gesellschaft wäre also die Schaffung eines Institutionengefüges, das den Arbeitenden die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten ohne bürokratische Gängelung ermöglicht.*

Eine Fülle von Bekenntnissen findet sich dazu in jenen wunderbaren Briefen, die Rosa Luxemburg 1905 während der Fabrikbesetzungen in Warschau geschrieben hat und die ihren Enthusiasmus für die »Sowjet-« beziehungsweise die »Räte-« Bewegung und für eine praktisch gelebte Demokratie belegen.

Aber all dieser Enthusiasmus hat sie nie ihr eigentliches Ziel vergessen lassen. Im Verständnis von Rosa Luxemburg war allein die Republik geeignet, die Aufrechterhaltung ziviler Freiheiten zu garantieren. Wirkliche Demokratie ist daher nicht einfach Herrschaft der Mehrheit, sondern zugleich auch Schutz der Minderheit. Ihre berühmten Zeilen aus der Schrift »Die Russische Revolution« (1918) sind deshalb keineswegs nebensächlich. Ihr gesamtes politisches Selbstverständnis gründet sich darauf, daß »Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden« sein muß.

Rosa Luxemburg hat vorhergesehen, welche verhängnisvollen Folgen die Unterdrückung bürgerlicher Demokratie und die Entfesselung des Terrors für die Sowjets und das öffentliche Leben in Rußland überhaupt haben mußte. Selbst 1919, als der Spartacus-Aufstand in Deutschland schwelte, schwankte sie noch immer zwischen ihrer althergebrachten Vorliebe für die Republik und den nunmehr populären Arbeiterräten. Nur weil sie überstimmt wurde, begann sie sich schließlich mit der Räterepublik und den Bestrebungen jener zu identifizieren, die den Ereignissen in Rußland unbedingt nacheifern wollten.

Die Russische Revolution beförderte auch tatsächlich eine Reihe von Revolutionen in ganz Europa und sie führte überall auf der Welt zur Gründung von kommunistischen Parteien. Trotzdem blieb Rosa Luxemburg der Gründung einer Kommunistischen Internationale gegenüber skeptisch. Sie befürchtete, daß diese durch die entstehende UdSSR und die Identifikation von (sowjetischen – der Übersetzer) *nationalen* Interessen mit dem Sozialismus überhaupt, dominiert würde. *Weder* Autoritarismus *noch* Nationalismus schienen für sie als zeitweilig notwendige »Abweichungen«, die es später zu korrigieren gelte, hinnehmbar. *Sie betrachtete beide als schwere Hypotheken* für die Zukunft. Deshalb waren für sie weder die Partei noch die Revolution ein Selbstzweck. Für Rosa Luxemburg standen stets die Rechte der arbeitenden Menschen an erster Stelle. Das jedoch machte sie für beide Lager der Arbeiterbewegung (das kommunistische wie das sozialdemokratische – der Übersetzer) zu einer unbequemem Genossin. Und gerade deshalb ist sie heute so unverzichtbar.

Rosa Luxemburg lebte zu einer Zeit, die zutreffend als das »goldene Zeitalter des Marxismus« bezeichnet wurde. In den Jahren zwischen 1889 und 1914 nahm die Arbeiterbewegung deutlich an Stärke zu. Sie eroberte den politische Raum, in dem ihre politischen Parteien einen immer bedeutenderen Platz einnahmen. Diese Zeit ist heute Vergangenheit. Der Marxismus kann nicht länger als »Wissenschaft« verstanden werden; das Industrieproletariat ist im Verschwinden begriffen; und auch die Arbeiterbewegung ist längst nicht mehr das, was sie mal war.

Der »real existierende Sozialismus« hatte seine Chance – und *angesichts dieser historischen Erfahrung* deutet heute wenig darauf hin, daß Arbeiterräte in der Lage wären, eine komplexe Volkswirtschaft zu steuern noch garantiert ihre Herrschaft zivile Freiheiten. Auch neuere illusionäre Spekulationen können nicht darüber hinweg täuschen, daß es keine ernsthafte Alternative zum liberalen republikanischen Staat gibt. Das *institutionelle* Ziel der von Rosa Luxemburg angestrebten Revolution wurde also *zunächst* erreicht. Sozialismus als die *alternative*, emanzipative Gesellschaft anzusehen, macht nicht länger Sinn. Diese Frage muß jetzt grundsätzlich anders angegangen werden.

Der moderne Kapitalismus ist nicht mehr jenes System, das von Charles Dickens so eindrucksvoll beschrieben wurde. Der liberale Staat hat nicht nur eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeiter ermöglicht und die politischen Beteiligungsrechte gestärkt, er eröffnet auch *realistische* Hoffnungen für

»Die russische Revolution hat ... nur bestätigt die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: Entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächlichen Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.«
Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 339.

»Während sie (die Bolschewiki – d. Red.) gegenüber der Konstituierenden Versammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz, dem ganzen Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das ›Selbstbestimmungsrecht‹ in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod der demokratischen Politik... (...) Der Widerspruch, der hier klafft, ist um so unverständlicher, als es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens in jedem Lande ... tatsächlich um höchst wertvolle, ja unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handelt, während das famose ›Selbstbestimmungsrecht der Nationen‹ nichts als hohle kleinbürgerliche Phraseologie und Humbug ist.«
 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 346f.

die weitere Bearbeitung noch immer existierender Mißstände. Rosa Luxemburg hat sich also geirrt: Die Wahl ist nicht die zwischen Sozialismus und Barbarei. Die Geschichte hat nicht nur gezeigt, daß sich beide keineswegs ausschließen, es wurde auch deutlich, daß zwischen beiden beträchtliche Spielräume bestehen. Kapitalismus als Abstraktum oder die ›Errichtung des Sozialismus‹ sind nicht mehr die brennenden Probleme. Heute geht es *dringlich* vor allem um eine Antwort auf den Versuch der neoliberal inspirierten Eliten, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung im Namen der Imperative des Marktes rückgängig zu machen.

Anders gesagt, das aktuelle Problem besteht nicht in den Formen, die das Streben nach wirtschaftlichen und politischen Reformen annimmt – womit sich einst Rosa Luxemburg befaßt hat –, sondern im Mangel an derartigen Bestrebungen überhaupt. Revolution kann *nicht länger* als Ziel politischer Bewegungen in westlichen Demokratien gelten. Und dies hat wiederum Auswirkungen auf das, was heute unter Sozialismus verstanden werden muß: was immer darüber hinaus noch einzuschließen wäre, ist darunter heute *vor allem* der *praktische* Versuch zu verstehen, die Zumutungen des Marktes durch den Staat zu mildern, und dabei staatliche Willkür zu unterbinden.

Für ein solches *wirtschaftliches und politisches* Unterfangen bedarf es heute mehr als ethisch motivierter Anstrengungen. Teleologie, wenn nicht gar Ideologie überhaupt, hat all ihre früheren Allüren verloren. Der Kapitalismus kann überleben – und, was noch viel wichtiger ist, die meisten Menschen glauben, daß er überleben wird. Rosa Luxemburg hat sich geirrt, als sie glaubte, daß ›Imperialismus‹ der einzige Ausweg aus der chronischen Überproduktion sei. Die Regierungen haben sich mit Hilfe von Subventionen, fiskalpolitischen Veränderungen und durch die Einführung sozialstaatlicher Regelungen als fähig erwiesen, die vermeintlich drohende Katastrophe abzuwenden. Das Kapital transformiert sich beständig selbst und kann, falls notwendig, die Ausbeutung durchaus noch intensivieren. Der Erfolg des Neoliberalismus könnte so *ironischerweise* Rosa Luxemburgs Aussage vom Streben nach Wirtschaftsreformen als »Sisyphusarbeit« bestätigen.

Auch ohne eine greifbare Alternative und ohne revolutionären Vortrupp kann nicht darauf verzichtet werden, den Stein der Reformen immer von Neuem bergauf zu rollen. Dies kann allerdings nicht der Sozialdemokratie oder auch jenen ex-kommunistischen Parteien überlassen werden, die inzwischen selbst neoliberal infiziert sind und nach prinzipienlosen Kompromissen auf irgendwelchen »Dritten Wegen« oder mit Hilfe von »progressive governance« streben. *Heute geht es daher vor allem darum, daß jene, die eine wesentlich radikalere Position zur Frage sozialer Gerechtigkeit einnehmen – ohne die notwendigen Rahmenbedingungen für eine realistische Politik außer acht zu lassen –, sich um neue Bündnisse zwischen den Arbeitern und den Mitgliedern neuer sozialer Bewegungen bemühen.*

Das Streben nach Gerechtigkeit speist sich aus vielen Quellen. Vor allem Frauen und Homosexuelle, Minderheiten und Umweltschützer haben selbst ein Interesse daran, daß die Errungenschaften der

Arbeiterbewegung erhalten werden, wie auch letzere ein Interesse an den Bestrebungen der anderen Gruppierungen haben muß. Die Massendemonstrationen in Seattle 1999 und in Washington im Jahr 2000 haben nicht nur den Druck auf die Demokratische Partei (der USA – der Übersetzer) verstärkt, sie haben den unterschiedlichen Gruppierungen auch einen internationalistischen Geist eingehaucht. Schließlich standen im Zentrum der Proteste genau jene Forderungen nach internationalen Arbeitsstandards und Umweltschutznormen, die im neoliberalen Diskurs unterdrückt werden.

Eine eigenständige progressive Antwort auf die Globalisierung steht indessen noch aus. Angesichts der Bestrebungen selbst einiger Linker, ethnische Belange oder die nationale Souveränität über die internationalen Verpflichtungen der Staaten zu stellen, ist heute jener Internationalismus mehr denn je gefordert, den Rosa Luxemburg so eindrucksvoll verkörpert hat. *Die Versuche einer proletarischen Internationale sind gescheitert. Die einzigen international funktionsfähigen Institutionen sind mit der Durchsetzung kapitalistischer Interessen verbunden und privilegieren starke Staaten gegenüber schwächeren. Ich bin jedoch überzeugt, daß auch Rosa Luxemburg eingesehen hätte, daß es keine Alternative zur Förderung relativ demokratischer Ziele auch durch noch so unzulängliche Institutionen gibt,* wenn es zum Beispiel um die Beendigung des Genozids in Rwanda oder Sierra Leone geht. Anderes zu behaupten, heißt der Täuschung zu erliegen, daß die Respektierung nationaler Souveränität im Interesse der Massen in den ehemals kolonisierten Ländern sei. Vielmehr würde man dadurch nur zum Handlanger jener korrupten Eliten, die nach wie vor auf brutalste Art und Weise herrschen.

Rosa Luxemburg konnte die Entstehung nationaler Befreiungsbewegungen nicht vorhersehen und sie hat sich auch darin geirrt, daß nach dem Ersten Weltkrieg keine rein nationalen Konflikte mehr möglich seien. Aber in einer Hinsicht hat sie das Wesen des Nationalismus viel tiefgründiger erfaßt als ihre Gegner. Sie hat sehr wohl begriffen, daß Nationalismus und auch Autoritarismus eine eigene Dynamik entwickeln, wodurch es unmöglich wird, sie einfach für sozialistische Ziele oder wirtschaftliche Zwecke auszunutzen. Statt sich blind auf historische »Gesetze« oder *dialektische Sophistik* zu verlassen, war Rosa Luxemburg immer bestrebt, eine vertretbare Relation zwischen Mitteln und Zielen zu finden.

Epidemische Krankheiten wie Cholera, Ruhr oder AIDS suchen heute ganze Kontinente heim. Arten werden ausgerottet, die globale Erwärmung schreitet fort, die Verschmutzung nimmt zu, Müll überzieht den gesamten Planeten. Gleichzeitig bildet sich eine globale Gesellschaft heraus, in der Reichtum und Ressourcen ungleicher den je verteilt sind, in der die politische Macht mehr und mehr in die Hände transnationaler Konzerne übergeht und in der bislang unbedeutende Ideologen immer neue rückwärtsgewandte Kulte mit den barbarischsten Konsequenzen beschwören. Der Nationalstaat kommt mit den meisten dieser Entwicklungen nicht mehr zurecht, und der Verweis auf die nationale Souveränität oder die unbedingte Zurückweisung jeder Form internationaler Einmischung stellt einfach nichts anderes dar als die Flucht aus der Verantwortung.

»Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«

Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 355f.

Wie Machiavelli und Kant hätte Rosa Luxemburg angesichts dieser Lage auch dem Diktum zugestimmt: »Der, der den Zweck will, muß auch die Mittel dazu wollen.« Entweder dürfen die planetaren Herausforderungen dieser Art durch die vorhandenen internationalen Institutionen mit Sanktionsmacht gegenüber den Verursachern angenommen und geregelt werden oder aber sie werden *mit Sicherheit* überhaupt nicht geregelt. Die Achtung der Menschenrechte und neue Formen transnationaler Sozialpolitik markieren den einzig gangbaren Weg zu einem auch zukünftig noch bewohnbaren Planeten. *Das Motto »um so schlimmer, desto besser« war schon immer falsch: Die Annahme, daß verstärkter Druck oder Ausbeutung irgendwie automatisch schon eine Antwort hervorbringen würde, ist eine Illusion.* Die Frage für die Linke besteht darin, entweder überkommene Formen des Denkens aufzuheben oder den alten Visionen eine neue Bedeutung zu verleihen.

Die internationalistischen, sozialistischen und demokratischen Prinzipien müssen so umgestaltet und angepaßt werden, daß sie den neuen historischen Bedingungen gerecht werden, ohne daß sie jedoch ihren Biß verlieren. Das ist eine keineswegs leichte Aufgabe und die opportunistischen Verlockungen sind gewaltig. Aber auch Rosa Luxemburg ist nie vor einer Herausforderung zurückgewichen. Ich glaube sie würde auch diese annehmen.

Aus dem Amerikanischen von ARNDT HOPFMANN